



Dr. Marco Giesselmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN MARCO GIESSELMANN

»Demokratie und Freiheit sind im Urteil der Bürger wichtiger als Wirtschaftswachstum«

1. Herr Giesselmann, der Deutsche Bundestag hat Ende 2010 eine Studien-Kommission eingerichtet, deren Auftrag darin besteht, eine Alternative zum BIP als Wohlstandsindikator zu suchen. Was ist das Ziel dieser Aktion? Innerhalb der Kommission ist man zu der Ansicht gekommen, dass sich Wohlstand nur valide messen lässt, wenn man mehrere Dimensionen, also nicht nur die ökonomische, sondern auch die soziale und ökologische Dimension mit betrachtet. Diese Aspekte sollen in einem neuen Konzept von Wohlstand mit abgebildet werden.
2. Was schlägt die Kommission vor? Neben dem klassischen Indikator, dem BIP als zentrale Maßzahl für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, sind neun weitere Indikatoren in den Bereichen ökonomischer, sozialer und ökologischer Wohlstand dazu gekommen, die das Ziel haben, Wohlstand multidimensional darzustellen.
3. Sie haben untersucht, ob diese zehn Indikatoren von den Bürgerinnen und Bürgern als wichtig angesehen werden. Welcher Aussage wird von den Befragten die größte Bedeutung beigemessen? Auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung haben wir festgestellt, dass tatsächlich die sozialen Komponenten des Kommissionskonzepts am höchsten gewichtet werden und nicht die klassischen ökonomischen Indikatoren wie das Wirtschaftswachstum. Wichtig sind den Befragten insbesondere Politikziele wie der Erhalt von Demokratie und Freiheit, genügend Arbeit sowie mehr hochwertige Bildungsabschlüsse.
4. Welche Bereiche werden als weniger wichtig gewertet? Die geringste Priorität wird der Erhöhung der Lebenserwartung zugebilligt. Auch das klassische Bruttoinlandsprodukt ist ziemlich weit abgeschlagen auf Platz neun. Im Mittelfeld landen die ökologischen Aspekte wie Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt.
5. Die befragten Personen unterscheiden sich zum Beispiel nach Alter, Geschlecht, regionaler Zugehörigkeit oder Parteizugehörigkeit. Zwischen welchen Personengruppen haben sich die größten Unterschiede in der Bewertung

der neuen Indikatoren gezeigt? Erwartungsgemäß spiegeln sich parteipolitische Präferenzen deutlich wider. Wir beobachten, dass ökologische Nachhaltigkeitsziele besonders unter Anhängern der Grünen betont werden und dass Gleichheitsziele besonders von Wählern des eher mittleren bis linken Parteienspektrums, also Die Linke, Bündnis90/Die Grünen und der SPD, hoch gewertet werden.

6. Gibt es Ergebnisse, die Sie überrascht haben? Zum einen war für uns erstaunlich, dass Einkommensziele insbesondere in mittleren Einkommenslagen betont werden. In den unteren und höheren Einkommensgruppen beobachten wir hingegen eine relativ geringe Wertung dieses Wohlstandsaspekts. Zum zweiten stellen wir fest, dass Gleichheits- und Einkommensaspekte selbst unter Konstanthaltung von unterschiedlichen ökonomischen Positionen in Ostdeutschland höher gewichtet werden als in Westdeutschland. Zudem überrascht, dass Nachhaltigkeitspolitik insbesondere von älteren Personen priorisiert wird. Das hat uns erstaunt, weil die politischen Entscheidungen im ökologischen Bereich ja sehr langfristige Wirkungen haben. Das heißt, die Leute, die persönlich weniger vom ökologischen Handeln betroffen sind, werten diese Aspekte trotzdem besonders hoch. Sie dürften an ihre Kinder und Enkelkinder denken.
7. Das BIP ist ja auch eine internationale Vergleichsgröße. Ist diese Vielzahl neuer Indikatoren nicht verwirrend? Natürlich erkaufte man sich sachlich notwendige Komplexität durch einen gewissen Verlust an Übersicht. Deswegen plädiert ja auch niemand für die Abschaffung des BIP, weil diese Maßzahl das wirtschaftliche Geschehen gut verdichtet. Darüber hinaus sollte das politische System neben diesem einfachen Indikator auch die Komplexität der Bedürfnisse und Anforderungen der Menschen messbar machen und anerkennen. Schließlich zeigt unsere Untersuchung deutlich, dass die Menschen in Deutschland von den Politikern nicht nur Antworten zu ökonomischen Fragen erwarten. Die Qualität der Politik wird zudem stark daran gemessen, welche Lösungen für ökologische und insbesondere für soziale Probleme gefunden werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Guido Baldi

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.